

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: Franz. Oke, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.  
Druck und Versand: Joh. van Aken, Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65, Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4425, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

## Ins Stammbuch.

Die im Verband untätig sind,  
Ihn finanziell nicht schonen,  
Stets körgeln, wie ein Rohr im Wind  
So schwankend, nie zufrieden sind;  
Das sind die Drohnen!

Doch die da wirken Tag für Tag  
Mit unverdrossenen Mienen,  
Die alles opfern ohne Klag,  
Mag kommen was da kommen mag;  
Das sind die Arbeitsbienen.

## Unsere Verbandsarbeit im Herbst und Winter.

Sechs Worte nehmen mich in Anspruch jeden Tag:  
Ich soll, ich muß, ich kann, ich will, ich darf, ich mag.  
Friedr. Rückert.

Vorbereitet ist unsere musterträchtig vorbereitete Gewerkschaftsversammlung, die allen Teilnehmern gewiß noch lange in Erinnerung bleiben und sie bei ihrer Tätigkeit in den Verbandsbezirken und Ortsgruppen zu fruchtbringender Tätigkeit beleben wird. Vorbei sind auch die Bezirkskonferenzen, die, insoweit uns bis jetzt darüber Berichte zugegangen sind, ebenfalls alle ausnahmslos nützliche und gewinnbringende Gewerkschaftsarbeit geleistet haben. Diese Verbandsstagen haben alle ausnahmslos ein Bild unseres einheitlichen Wollens wiedergespiegelt. In ihnen kam der rechte Gewerkschaftsgeist, der sich durch keine noch so großen Hemmnisse und Widerstände vom einmal klar erkannten Wege abdrängen läßt, zum Ausdruck. Bedeutungsvoll waren die Beschlüsse unserer Tagungen in der letzten Zeit und reichlich die Fälle von Anregungen, die gegeben wurden. Unsere Stellungnahme zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart, wie insbesondere auch unsere Forderungen zur Umgestaltung des deutschen Wirtschaftslebens wurden in besonderen Entschlüssen, die wir an dieser Stelle in einem Bericht über die Generalversammlung in Münster veröffentlicht haben, zum Ausdruck gebracht. Was aber von uns allen ganz besonders beachtet zu werden verdient, das sind die Anregungen und Beschlüsse unserer Generalversammlung und Bezirkskonferenzen, die sich beziehen auf die nächstliegenden praktischen Aufgaben unseres Verbandes. Wir denken hierbei vornehmlich an die von uns allen in diesem Herbst und Winter zu verrichtende innerorganisatorische Verbandsarbeit. Diese Arbeit wird und muß in des Wortes wahrstem Sinne hauptsächlich stille, geräuschlose aber darum doch nachhaltige und ausdauernde Kleinarbeit sein. Ganz im Gegensatz zu der nach außen hin überall in die Erscheinung getretene wertvolle Arbeit, die in den imposanten Veranstaltungen unseres Verbandes in der letzten Zeit geleistet wurde, wird unsere Verbandsarbeit im Herbst und Winter hauptsächlich in den Ortsgruppen, mehr oder weniger nach außen hin unauffällig verrichtet werden müssen. Darum ist diese Arbeit durchaus nicht weniger bedeutungsvoll und nützlich als jene, die in Generalversammlung und Konferenzen unseres Verbandes in aller Öffentlichkeit erledigt werden mußte. Ganz im Gegenteil: Alle Beschlüsse und Anregungen unserer Verbandsstagen erhalten erst dann Wert und Bedeutung für unsere Bewegung, wenn dieselben sich in den kommenden Monaten im ganzen Verbandsgebiete auch auswirken, das heißt, wenn jetzt die Theorie in die Praxis umgesetzt wird, wenn die Beschlüsse und Anregungen überall in den Bezirken und Ortsgruppen verwirklicht werden. Es muß also jetzt — um das noch klarer und bestimmter auszudrücken —

### dem Worte die Tat folgen.

Sollen die in den letzten Monaten zahlreich stattgefundenen und mit großen Mühen und zum Teil auch mit recht erheblichen Kosten verbundenen Verbandsveranstaltungen wirklich Tagungen nutzbringender und segenspendender Aussaat für un-

fern Verband werden, dann muß jetzt im ganzen Verbandsgebiete gewerkschaftliche Kleinarbeit verrichtet werden. Nur sie ist einzig und allein die Voraussetzung für die Erreichung aller größeren Ziele, die sich unser Verband gesteckt hat. Diesen größeren Zielen werden und müssen wir in nächster Zeit schon erheblich näher kommen. Es wird das um so eher und um so mehr möglich sein, als unsere Mitglieder — in erster Linie unsere führenden Mitglieder — mit Jugendeifer und mit feuriger Begeisterung für eine möglichst restlose Durchführung der Verbandsstagsbeschlüsse eintreten. Nach unserm Dafürhalten werden im Herbst und Winter in der Hauptsache folgende bedeutungsvolle Aufgaben von uns allen nach bestem Können zu lösen versucht werden müssen:

1. Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Verbandes;
2. Stärkung desselben nach außen hin durch eine intensive Agitation;
3. Schulung und Erziehung der Mitglieder zu überzeugten Gewerkschaftlern und zu einsichtsvollen Mitarbeitern am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.

Die unverzügliche Inangriffnahme und die konsequente Durchführung dieser wichtigsten Aufgaben unseres Verbandes für die nächste Zeit macht eine eingehendere Besprechung über die Art der Durchführung derselben in unserm Verbandsorgan notwendig. In Vorstandssitzungen und in besonderen Konferenzen mit den Vertrauenspersonen muß den ganzen Herbst und Winter hindurch diese innerorganisatorische Verbandsarbeit jedesmal der Hauptgegenstand der Beratung und Beschlüßfassung bilden. Nur dann, wenn unsere Ortsgruppenvorstände allen Ernstes sowohl mit den freigestellten Leitern unserer Sekretariatsbezirke als wie auch mit den Vertrauenspersonen, Betriebsratsmitgliedern und sonstigen Mitarbeitern in den Ortsgruppen immer und immer wieder über die zweckentsprechenden Mittel zur Lösung der praktischen Verbandsaufgaben sich verständigen, können erst die Beschlüsse und Anregungen der Verbandsgeneralversammlung und jene der Bezirkskonferenzen im ganzen Verbandsgebiete auch wirksam gemacht werden.

Die nachfolgenden Ausführungen verfolgen nun den Zweck, den Ortsgruppenvorständen diese Arbeit erheblich zu erleichtern, indem darin besonders hervorgehoben wird, wie in den Ortsgruppen unseres Verbandes zweckmäßig die Aufgaben in Angriff genommen und durchgeführt werden können. Wir sind überzeugt, daß, wenn diese nun hiermit beginnende Artikelreihe in erster Linie von unsern Sekretariatsleitern und Ortsgruppenvorständen auch genügend beachtet wird und man die Arbeit recht herzlich auf der ganzen Linie beginnt, der mit unserer Abhandlung beabsichtigte Zweck auch voll und ganz erreicht werden dürfte.

### 1. Die Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Verbandes

Sollte eine ständige unausgesetzte Sorge aller Mitglieder — vor allem auch wieder der führenden Mitglieder — sein. Aus guten und aus ganz natürlichen Gründen haben wir darum diese Aufgabe der nächsten Zeit als erste angeführt.

Die Vorgänge bei den Tarif- und Lohnbewegungen reden zu allen Mitgliedern eine recht eindringliche Sprache. Immer schwieriger gestalten sich die Verhandlungen und nicht selten muß zum letzten Mittel, zum Streit, gegriffen werden, um für unsere verhältnismäßig noch immer zu gering entlohnerten Textilarbeiter und -arbeiterinnen das zum Leben Aller notwendige zu erkämpfen. Es liegen durchaus keine Gründe vor für die Annahme, daß in Zukunft diese wirtschaftlichen Kämpfe nachlassen werden. Trotz des Bestehens der Arbeitsgemeinschaften sind auch in unserer Industrie die Arbeits- und vor allem die Lohnkämpfe verhältnismäßig viel zahlreicher als wie in den Jahren vor dem Kriege, wo es bekanntlich noch keine Arbeitsgemeinschaften gegeben hat. Und diese Kämpfe werden ganz zweifellos — so bedauerlich diese Tatsache auch im Hinblick auf einen baldigen Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft sein mag — auch in der nächsten absehbaren Zeit nicht abflauen, sondern im Gegenteil, unsern Erachtens sogar noch schärfere Formen annehmen. Dieser

Ansicht werden wohl auch alle jene Mitglieder bestimmen, die vor allem bei Lohnverhandlungen in der letzten Zeit sich davon überzeugen konnten, wie es immer schwerer und schwieriger wird, den Arbeitgebern in unserer Industrie Zugeständnisse an die Arbeitnehmer abzurufen. Gewiß sind bei den Tarifbewegungen der letzten Zeit noch immerhin beachtenswerte Erfolge für die Arbeiterschaft erzielt worden. Das ist aber in der Hauptsache zurückzuführen auf folgende Gründe:

1. Die öffentliche Meinung steht in diesem Kampf der Arbeiter um eine Erhöhung ihrer Löhne zum Ausgleich für die gewaltige Teuerung auf Seiten der Arbeitnehmer;
2. Das Organisationsverhältnis der Arbeitnehmer in unserer Textilindustrie ist im Gegensatz zu dem Verhältnis in der Vorkriegszeit ein befriedigendes und
3. Gegenwärtig ist die Textilindustrie überreichlich mit Aufträgen versehen.

Diese Umstände haben alle einzeln zu ihrem Teile mit dazu beigetragen, daß bei den Lohnbewegungen in den letzten Wochen immerhin noch annehmbare Aufbesserungen der Löhne durchgesetzt werden konnten. Vor allem war es aber der zuletzt angeführte Grund, die günstige Konjunktur, der hauptsächlich die Arbeitgeber beizukommen, es diesmal noch nicht zum äußersten kommen zu lassen. Wir sollten uns aber durchaus keiner Täuschung hingeben und nicht etwa glauben, daß auch bei einer niedergehenden Konjunktur die Arbeitgeber so bewilligungsfreudig wären. Wenn wir darauf hoffen wollten, könnten wir die unerfreulichsten Ueberraschungen erleben. Die Arbeitgeber werden ganz im Gegenteil Versuche machen, die Löhne zu kürzen. Und sie werden aber erst recht dann, wenn — was aber wohl kaum schon in nächster Zeit eintreten dürfte — die Preise für einige Gebrauchsgüter etwas sinken werden,

### ganz ernstlich mit dem Abbau der Löhne beginnen.

Dann wird es darauf ankommen, ob die gewerkschaftlichen Organisationen in der Lage sind, das schwer und mühsam Erzwungene auch für die Arbeiterschaft zu sichern und festzuhalten. Dann muß es sich zeigen, ob die Arbeiterschaft auch längere Kämpfe siegreich zu führen in der Lage ist. Der Ausgang dieser Kämpfe wird aber hauptsächlich davon abhängen, ob die Gewerkschaften auch über ausreichende finanzielle Mittel zur Unterstützung der Kämpfenden verfügen.

Wenn die Gewerkschaften erst mit der Stärkung ihrer Kassen beginnen, wenn die Zeit bereits eine anormale geworden, dann ist es zu spät. Nein, jetzt schon muß alles geschehen, um die finanzielle Leistungsfähigkeit auch unseres Verbandes zu heben. „Der kluge Mann baut vor!“, so heißt es im Sprichwort, und der Gewerkschaftler, der nicht in Zeiten guter Konjunktur bestrebt ist, für eine Vermehrung der Kampfmittel seiner Gewerkschaft Sorge zu tragen, verdient nicht den Namen eines Gewerkschaftlers. Er handelt genau so kurzfristig wie jene wildstreitenden Verbandsmitglieder und Ausschüsse, die das Vermögen ihrer Organisation jetzt gleichsam wie in einem Guerillakriege mit verpulvern helfen und später bei Ausbruch größerer und entscheidender Kämpfe der Organisationsleitung noch Vorwürfe machen darüber, daß sie nicht rechtzeitig für Ansammlung eines mächtigen Kampffonds Sorge getragen habe. Was die Mitglieder etwa jetzt in verhältnismäßig noch guter und stiller Zeit am Beitrag zu sparen gedenken, müssen sie nach schweren Kampfzeiten an Lohn und an Arbeitszeit einbüßen. Ja, noch viel mehr als wie dieses werden die straf organisierten Arbeitgeber ihnen wieder zu rauben versuchen.

Ab und zu kann man aus einzelnen scheinbar unwichtigen Mitteilungen der Tageszeitungen schon erkennen, daß die Arbeitgeber für die kommenden Kämpfe rüsten. Man muß es da nur einigermaßen verstehen, auch zwischen den Zeilen lesen zu können. Zuweilen erscheinen aber auch Artikel und Aufsätze, die mit aller nur wünschenswerten Klarheit und Deutlichkeit der Arbeiterschaft zeigen müssen, was für sie alles auf dem Spiele steht, wenn sie sich allzusehr in Sorglosigkeit wiegt und nicht beizeiten ihre gewerkschaftlichen Kampfmittel vermehrt und verstärkt. So konnte Anfangs September Präsig, der frühere Redakteur des deutschen „Textilarbeiter“,



Berlin, in einem mit „Zwangswirtschaft der Kartelle“ überschriebenen Artikel im Berliner „Vorwärts“, Nr. 420 vom 6. September 1921 unter anderem feststellen, daß z. B. die Kleiderfabrikanten verlangen, daß der Zanella-Verband an die Außenseiter in der Kleiderfabrikation nur dann Zanella liefern dürfe, wenn sie 33 1/2 Prozent des Wertes als Aufschlag in die Kasse des Arbeitgeberverbandes der deutschen Bekleidungsindustrie zahlten.

So werden also die Kassen der Arbeitgeberverbände auf Kosten der Allgemeinheit zum Kampf gegen die Arbeiter geführt. Auch die Werkstoffverbände sollen, wie Kräßig weiter feststellt, zur Lieferung an Außenseiter zugelassen werden sein, wenn diese Außenseiter 33 1/2 Prozent des Wertes der gekauften Ware in die Kasse des obengenannten Arbeitgeberverbandes zahlen. Das ist nun aber nur eines der zahlreichen Mittel, das die Arbeitgeberverbände anwenden, um sich ihren Einfluß und ihre Macht zu sichern und es ist tausend gegen eins zu wetten, daß hinter den Kulissen noch in ganz anderer Weise für die entscheidenden Kämpfe gerüstet wird. Die Arbeitgeber haben schon ihre guten Gründe, das der Öffentlichkeit nicht wissen zu lassen. Die Arbeiterschaft sollte aber hieraus die rechte Lehre ziehen und auch ihre Organisationen nach innen und nach außen ausbauen und sie möglichst vervollkommen.

Zur Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Verbandes ist nun nach unserer Meinung einmal und unter allen Umständen notwendig, daß 1. jedes Mitglied zum allermindesten einen Wochenbeitrag in der Höhe des wirklichen Stundenverdienstes entrichtet; 2. die Mitglieder viel mehr als wie das bisher an der Fall gewesen, von dem statutarischen Recht Gebrauch machen und freiwillig höheren als den Pflichtbeitragsklassen beitreten und 3. besondere Kampffonds, sei es nun durch Ortsgruppen, Bezirke oder durch die Zentrale geschaffen werden, die hinein von Zeit zu Zeit die Einnahmen aus Extrabeiträgen der Mitglieder und sonstige besondere Einnahmen fließen sollen.

Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen haben die Delegierten mehrerer Bezirkskonferenzen in der letzten Zeit erfreulicherweise bereits eingesehen. So beschloß z. B. eine Konferenz die Einführung eines allgemeinen Sozialbeitrages von einer Mark wöchentlich zum Zweck der Schaffung eines besonderen Kampffonds. Eine andere Bezirkskonferenz ersuchte in einer Entschließung die leitenden Verbandsinstanzen, Maßnahmen zu erwägen und zu beschließen, die zur Schaffung eines Kampffonds im ganzen Verbands führen und schlug zu diesem Zwecke die Erhebung von drei Extrabeiträgen in der Höhe eines Wochenbeitrages vor. Daraus ist zu ersehen, daß in unsern Mitgliederkreisen die Einsicht für die Notwendigkeit einer Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Verbandes erfreulicherweise im zunehmenden Maße begriffen ist. Wir wollen hoffen, daß auch noch der größte Teil unserer Mitglieder recht bald erkennen möge, was das Gebot der Stunde jetzt von jedem einzelnen Mitglied fordert. Es handelt sich bei der finanziellen Stärkung des Verbandes um nichts weniger, als um die Sicherung der bisherigen Errungenschaften der christlichen Arbeiterbewegung, um die Zukunft der christlichen Arbeiterbewegung und unseres Verbandes und damit um unsere eigene und um die Zukunft unserer Familien und unserer späteren Geschlechter.

Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen im Jahre 1920 M. 84 815 200. Ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von M. 59 200 426. Die Gesamtausgaben betragen M. 63 413 688, gegenüber dem Vorjahre mehr M. 44 806 373. Der Vermögensbestand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre von M. 20 161 629 auf M. 42 413 950. Eine Vergrößerung von M. 22 252 321. Es ist dies eine prozentuale Steigerung von 110,3%. Inwieweit die einzelnen Verbände in der Lage waren, zu dieser Steigerung der Kampferlöse der Gesamtbewegung beizutragen, ergibt sich aus der Statistik. Mehr als verdoppelt haben ihren Vermögensbestand in 1920 die Bauarbeiter, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Gemeindegewerkschafter, Lederarbeiter, Maler, Nahrungsmittelarbeiter, Schneider, Tabakarbeiter und Textilarbeiter. Den im Verhältnis größten Vermögenszuwachs haben die beiden letztgenannten Verbände der Tabak- und Textilarbeiter aufzuweisen. Den sachlich größten Zuwachs weisen die Bergarbeiter und Metallarbeiter mit rund sieben bzw. sechs Millionen Mark auf. Inwieweit es gelungen ist, der finanziellen Kraft der Verbände durch die dauernde Wertentwertung keinen Abbruch tun zu lassen, ist bei der im Berichtsjahre noch immer größer werdenden Entwertung aller Werte nicht leicht festzustellen. Es fehlen die Maßstäbe und der feste Boden, um dies im einzelnen nachprüfen zu können. Doch herrichte fast bei allen Verbänden der weitestgehende und energische Wille vor, die finanzielle Schlagkraft zu erhalten und nach Möglichkeit zu steigern. Die Nährquelle der Finanzkraft der Gewerkschaften sind die Mitgliederbeiträge. Die Anpassung ihrer Höhe an die Wertentwertung war bereits 1919 versucht worden. Die Wirkung der erhöhten Beiträge kommt in den gewaltig gestiegenen Einnahmen des Jahres 1920 zum Ausdruck. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen in 1919 M. 25 614 774, 1920 vereinnahmte demgegenüber der Metallarbeiterverband allein vier Fünftel dieser Summe, nämlich M. 21 875 895, davon an Beiträgen M. 21 433 765. Und trotzdem darf man sagen: Auch 1920 war nach der Seite der Finanzgebarung der Gewerkschaften noch ein Jahr des Ueberanges. Die 1919 beschlossenen höheren Beiträge erwiesen sich bald wieder als unzulänglich und mußten im Laufe des Berichtsjahres durchweg wieder erhöht werden. Auf die Frage: Wie hoch muß der Gewerkschaftsbeitrag unter den gegenwärtigen Reizläufen überhaupt sein, bildete sich allmählich eine Norm der Antwort, die aber in der praktischen Anwendung im Jahre 1920 noch mehr erstrebtes Ziel blieb, als Anwendung fand. Die Norm lautet: der wöchentliche Gewerkschaftsbeitrag soll der Höhe eines Stundenlohnes gleichkommen. Der Holzarbeiterverband beschloß auf seinem im Mai 1920 stattgefundenen Verbandstag diese Norm für die Beitragsleistung als grundsätzliche Richtlinie. Neben den Holzarbeitern haben einige weitere Verbände im Laufe des Jahres diesem Ziele energisch zugestrebt. Die höchste Durchschnittsbeitragsleistung je Mitglied im Jahre 1920 haben wiederum die Buchdrucker (Gutenberghand) aufzuweisen. Es folgen die Bauarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Maler, Bergarbeiter, Textilarbeiter usw. Daß die Buchdrucker nach wie vor die Führung hielten, ist umso beachtenswerter, als sie längst nicht mehr zu den höchstbezahltesten Arbeiterschichten gehören, sondern in der Lohnhöhe weit zurückgeraten sind. Was die Buchdrucker in ihrer Organisation aber anderen Verbänden voraushaben, ist die stabilere, geschlossener und weniger differenzierte Mitgliedschaft mit alter gewerkschaftlicher Schulung und Disziplin. Beachtenswert ist ferner, daß die Textilarbeiter, trotzdem ihr Verband zwei Drittel weiblicher Mitglieder zählt und das Jahr 1920 in wirtschaftlicher Beziehung für die Textilindustrie ein sehr ungünstiges gewesen ist, mit der Durchschnittsbeitragsleistung seiner Mitglieder Verbände mit vorwiegend männlicher Mitgliedschaft übertrug.

Ein lehrreiches Zahlenmaterial enthält die Tabelle über Ursachen, Ausgang und beteiligte Personen bei Streiks und Aussperrungen sowie Lohn- und Tarifverhandlungen. In erster Linie interessieren uns hierbei wiederum die über unsere Organisation veröffentlichten Zahlen. Der Bericht stellt hierüber fest:

Der Textilarbeiterverband legte im Berichtsjahre ebenfalls sein Hauptgewicht auf den Ausbau und die größere Vereinheitlichung der Tarifverträge. Sein Bestreben war erfolgreich. Die Tarifverträge mit den allgemeinen Bestimmungen über die Regelung der Arbeitsbedingungen wurden für größere Bezirke abgeschlossen. Die Regelung der Lohnsätze wurde gruppiert nach Branchen für größere Industriebezirke durchgeführt. Der Verband war am Ende des Berichtsjahres demzufolge an 73 Tarifen beteiligt, die sich auf größere Bezirke erstrecken. Daneben war er noch an acht Ortsarifen beteiligt. Zuerst den zur Durchführung dieser Arbeit erforderlichen Bewegungen mußten noch viele Bewegungen zur Erhöhung der Löhne und eine Reihe zur Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen geführt werden. Die Bewegungen waren durchweg von Erfolg begleitet. Die Reallohnste wurden für einzelne Kategorien der Arbeiterschaft bis zu M. 300,- wöchentlich erhöht. Die vom Verband für seine Mitglieder erzielte Erhöhung der durchschnittlichen Wochenverdienste betrug, berechnet nach der Zeit vom 1. Juli 1919 bis Frühjahr 1921, im Gesamtdurchschnitt M. 125,-.

In den Schlußbemerkungen hebt der Bericht hervor, daß wir vor dem Beginn der schwersten Zeit stehen, die die lebende Generation des deutschen Volkes durchzumachen haben wird. Aber einmal werde auch wieder der Frühling seinen Einzug in unserm Vaterlande halten. Die wirtschaftliche Krise, die schon heute durch alle Länder geht, künde bereits an, was es für die ganze Welt bedeute, dem Können des deutschen Volkes Fehlschlüsse anzuziehen, die deutsche Volkswirtschaft in ihrem Lauf zu hemmen und ihre Verbindung mit der Weltwirtschaft zu zerschneiden. Das deutsche Volk dürfe nur in der Zeit der größten Not nicht den Glauben an sich selbst

berlieren. Nach einem Hinweis darauf, daß der deutschen Arbeiterschaft die hehre Mission zufalle, Güterin und Wahren deutscher Einheit zu sein, schließt der Bericht mit folgenden markanten Sätzen:

„Die innerpolitischen Sorgen stehen anscheinend mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht im Zusammenhang. Und doch sind sie für die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft von der größten Bedeutung. Gelingt es nicht, die deutsche Einheit fest zu begründen und sie über die Zeit der schwersten Not unseres Volkes hinwegzuziehen, so werden auch die nachkommenden Arbeitergenerationen ihres Lebens nicht froh werden, denn völlige Zerspaltung bedeutet politische Ohnmacht, und diese kann niemals wirtschaftlichen Wohlstand erzeugen. Genug, daß die Arbeiterschaft unserer Zeit kostet die Folgen des politischen und militärischen Zusammenbruchs, der deutschen politischen Ohnmacht. Im großen Ringen um Deutschlands Geschick hat die deutsche Arbeiterschaft ihre Pflicht erfüllt. Ehrentoll hat sie gekämpft und gelitten. Umsonst. Mag man uns immer nehmen, was man will — den Glauben an des deutschen Volkes Zukunft aber wird man uns lassen müssen. Und wenn wir als einziges kostbares Erbe unseren Kindern hinterlassen die deutsche Einheit, die gewonnen wurde durch die Selbstüberwindung eines in größter Bedrängnis befindlichen Geschlechts, so ist das ein köstliches und unvergängliches Erbe, mehr wert denn aller materieller Gewinn. Und die Sorge um dieses Erbe obliegt in besonderem Maße den christlichen Arbeitern, die mit Stolz von sich bekennen, daß sie nicht engstirnige Partikularen sind, sondern deutsch fühlen und deutsch handeln!“

**Allgemeine Rundschau.**

**Kongress der christlichen Gewerkschaften Österreichs.**

In der zweiten Septemberwoche fand in Wien unter starker Teilnahme ein bedeutungsvoller Kongress der christlichen Gewerkschaften Österreichs statt. Den Bericht über die Entwicklung der Bewegung erstattete Generalsekretär Untermüller. Die Organisation hatte große Schwierigkeiten zu überwinden. Trotzdem ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in ständiger Steigerung begriffen. 1918 waren kaum 20 000 Mitglieder vorhanden, Ende 1920 dagegen 65 000, Ende August 1921 84 500. Dazu kommt noch der Reichslandarbeiterbund mit über 70 000 Mitgliedern, sodaß heute auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften 159 000 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte stehen.

Generalsekretär Untermüller erstattete ein Referat über Organisation und Politik. Abgeordneter Spalowsky über Wege und Ziele der Sozialpolitik. An Stelle des verhinderten Kollegen Dr. Brauer-Röhl sprach der Vorsitzende unseres Verbandes Kollege Ditt-Düffelbork über die Gegensätze zwischen christlichen Gewerkschaften und Sozialismus. Die programmatischen Ausführungen fanden stürmischen Beifall.

Zum Vorsitzenden der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Österreichs wurde der Abgeordnete Spalowsky vom Kongress wiedergewählt. Dieser richtete an die christlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten einen begeisterten Aufruf zur Mitarbeit. Weiter wurde die Wahl der christlichen Staatsangestellten-Exekutive beschlossen.

**Starke Steigen der Großhandelsindexziffer.**

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist von 1920 im Durchschnitt des Monats Juli auf 1909 im Durchschnitt des Monats August gestiegen. An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt, und zwar stiegen: Getreide und Kartoffeln von 1096 auf 2033; Fleisch, Fisch und Fette von 1633 auf 1762; Kolonialwaren von 1447 auf 1731; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 1245 auf 1949; Industriestoffe zusammen von 1763 auf 1834.

Die außerordentliche Steigerung der Großhandelsindexziffer gegenüber dem Vormonat ist zunächst hervorgerufen durch die geldwirtschaftlichen Vorgänge. Vor allem aber ist die Ziffer beeinflusst durch die freien Getreidepreise, die erstmalig neben den Umlagepreisen an Stelle der bisher künstlich niedriggehaltenen Getreidepreise zu berücksichtigen waren. Die Preislage der deutschen Volkswirtschaft erhält jetzt die auch auf dem Weltmarkt bestehende Struktur, die durch den überaus hohen Preisstand der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegenüber demjenigen der Industriestoffe gekennzeichnet ist.

**Die Konsumgenossenschaft im Urteil führender Zeitgenossen.**

Eine in Fachkreisen des In- und Auslandes aufsehen erregende Schrift hat kürzlich der Reichsverband deutscher Konsumvereine (Sig Düffelbork-Reichholz) veröffentlicht. Dieser Verband hat anlässlich seines 14. Genossenschaftstages die führenden Persönlichkeiten der Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung über die Konsumgenossenschaftsbewegung befragt. Die Rundfrage war gerichtet an alle bekannten Führer-Persönlichkeiten, alle ohne Rücksicht auf Partei, Klasse oder Stand. Die Antworten, welche auf die Rundfragen eingelaufen sind, hat der Reichsverband in einer Broschüre, betitelt „Die Konsumgenossenschaft im Urteil führender Zeitgenossen“, veröffentlicht. Das Erkenntnis zur Idee der Konsumgenossenschaft ist überraschend groß. Von den 95 Beantwortungen haben sich 94 für die Konsumgenossenschaft ausgesprochen und nur 1 dagegen. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Befürwortern der Konsumgenossenschaft fast sämtliche führenden Universitätsprofessoren der Volkswirtschaftslehre (darunter Lujo Brentano, Werner Sombert

**Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920.**

II. **Beziehungsverhältnisse.**

Organisationen	Gesamteinnahme	Gesamtausgabe	Vermögensbestand am 31. Dez. 1920	Dabei in dem Berichtsjahre
M.	M.	M.	M.	M.
Bauarbeiter	5 835 192	4 162 822	2 961 622	2 310 568
Bergarbeiter	15 126 511	8 221 027	13 437 554	11 757 433
Buchdrucker	469 771	436 245	577 959	660 828
Eisenbahner, deutsche	5 926 931	5 542 105	544 391	544 390
Eisenbahner, tschech.	359 009	317 050	82 348	82 346
Eisenb., württemb.	409 843	404 539	88 508	88 508
Eisenb., bayrische	1 526 960	1 254 191	702 428	702 428
Fabrikarbeiter	6 148 288	5 265 821	1 509 267	1 077 631
Gewerkschaften	487 440	449 758	37 641	6 304
Handwerker	1 224 262	1 428 702	450 172	225 712
Graphiker	435 307	353 892	169 301	134 164
Hausangestellte	223 430	225 121	305	305
Lehrer	132 854	171 204	90 027	90 047
Holzarbeiter	4 002 289	3 510 744	1 486 949	1 257 214
Landarbeiter	126 496	113 190	18 306	15 306
Landarbeiter	4 311 752	4 189 251	836 959	157 804
Lederarbeiter	1 070 629	911 135	442 312	347 577
Maler	397 268	308 822	175 654	137 660
Metallarbeiter	21 875 895	15 732 635	12 349 404	10 565 431
Nahrungsmittelarb.	611 378	483 369	193 837	170 755
Postangestellte	555 630	495 423	520 249	476 283
Rechtsw.	1 172 750	1 053 633	201 636	131 821
Staatsarbeiter	116 219	137 327	40 201	34 534
Tabakarbeiter	1 875 311	969 026	906 026	836 155
Textilarbeiter	10 171 078	6 607 494	4 783 566	4 133 475
<b>Gesamt</b>	<b>84 815 200</b>	<b>63 413 688</b>	<b>42 413 950</b>	<b>36 043 767</b>



Max Sering, Robert Viefmann, Freiherr von Schulze-Gavernitz usw.) befinden, ferner frühere und gegenwärtige Reichsminister (Robert Schmidt, Dr. Brauns, Erzberger, Schiele, Giesberts usw.) der preussische und der sächsische Ministerpräsident, Reichskanzler der alten und der neuen Ära, wie Dr. Michaelis und der derzeitige Reichsfinanzminister Bauer, bekannte Historiker, Philosophen wie Wihl. Ostwald, Soziologen wie Ferdinand Tönnies, bekannte Städteführer wie Oberbürgermeister Dr. Luther und Oberbürgermeister Dr. Mühlhoff, die Führer der freien, christlich und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, sowie der kathol. und evang. Arbeitervereine, schließlich auch führende Politiker aller Parteien. Auch Schriftsteller, wie Rudolf Herzog und Otto Ernst treten für die Idee der Konsumgenossenschaft ein. Unter ihren Befürwortern befinden sich auch der frühere Leiter des Preuss. Kriegswirtschaftsamt Dr. Faldt, der derzeitige Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch, sein Vorgänger Richard von Moellendorff, der Führer der Friedensdelegation Freiherr von Bersner, der Reichstagspräsident Paul Loebe, ferner: Männer und Frauen von ganz rechts bis ganz links, vom Deutschen Nationalen bis zum Sozialdemokraten — eine Front, einig über die hohe Bedeutung der Konsumgenossenschaft.

Wie man nun auch persönlich zur Konsumgenossenschaftsbewegung stehen mag — es war immerhin eine dankenswerte Aufgabe, daß eine Klärung darüber herbeigeführt wurde, wie unsere führenden Persönlichkeiten zu derjenigen Bewegung sich stellen, die immer größere Massen des Volkes erfasst und unsere Volkswirtschaft in neue Bahnen lenken will.

**Einer der Gefaßt wurde!**

Der Landarbeiter Hermann Strüß in Selbe an der Innere, gehört zu denjenigen, die die von gelber und roter Seite verbreitete Verleumdung, der christliche Landarbeiterverband habe von Arbeitgebern 150 000 Mark erhalten, weitergetragen hatten. Strüß war dabei so unvorsichtig gewesen, als Empfänger des Geldes den Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes Kollegen Behrens zu bezeichnen. Kollege Behrens erhob Klage. Am 14. Juni stand Termin vor dem Schöffengericht zu Wödenem an. Der Beklagte hat, wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht anzutreten vermocht. Daß der Beklagte die Äußerung wider besseres Wissen getan hat, nahm das Gericht zu seinen Gunsten nicht an. Das schriftliche Urteil lautet: „Die Äußerung des Angeklagten stellt daher eine able Nachrede nach § 186 Str.-G.-B. dar und zwar eine öffentliche nach § 200 Str.-G.-B. Für das Strafmaß kam besonders in Betracht, die außerordentlich schwere Ehrenkränkung des Privatverbandes in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralverbandes des Landarbeiters; als mildernd, daß die Angelegenheit einen politischen Hintergrund hat, und der Angeklagte, scheinbar ein leidenschaftlicher Parteigänger der Gegner dieses Verbandes, diese Tatsache nachgeredet hat ohne sich irgendwie Gedanken darüber gemacht zu haben, daß sie der Wahrheit entsprechen. Es erschien daher eine Geldstrafe von 500 Mark ausreichend.“

Neben der Strafe hat Strüß die Kosten des Verfahrens zu tragen. Dem Kollegen Behrens wurde die Befugnis zuerkannt, den erkennenden Teil des Urteils auf Kosten des Angeklagten im Volksblatt und in der Westfälischen Zeitung in Gildesheim bekannt zu machen.

**Verbandsrat des Deutschen Rad- und Motorfahrerverbandes „Concordia“ e. V. Sitz Bamberg.**

Aus allen deutschen Gauen waren in den ersten Septembertagen die Delegierten und Gäste am Siege des Verbandes, in der altherwürdigen Bischofsstadt Bamberg, zusammengeströmt, um die Berichte der Verbandsleitung entgegenzunehmen, aber auch in ernster Beratung die Grundlagen zu schaffen, dem Verbandsrat eine günstige Entwicklungsmöglichkeit für die Zukunft zu sichern. Manche Einrichtungen, wie z. B. die Haftpflichtversicherung, werden bedeutend verbessert. Die Verbandszeitung wird in der Zukunft in einer der heutigen Größe des Verbandes würdigen Form erscheinen. Die Tagung hat eine weitere Stärkung an vortrefflichen Einrichtungen für die Mitglieder gebracht. Aber auch der Sport fand bei der Tagung seine Würdigung. Sowohl die Verhandlungen des Verbandsportausschusses, als auch die gesamte Delegiertentagung haben bewiesen, welche Bedeutung man in der Concordia dem Werte des Sportes zumißt. Nicht als Benützung zur Reklame, auch nicht aus irgendwelchen politischen Ermägungen soll der Sport gepflegt oder gar zu Parteizwecken benützt werden, nein, der Sport soll betrieben werden rein als die Gesundheit erhaltendes und förderndes Mittel, ausgehend von dem Bewußtsein, daß die beste Schule der Erziehung die Leibesübungen, der gesunde Sport, ist, der zur Hebung der Volkskraft und Volksgesundheit die wertvollsten Dienste leistet. In der heutigen Zeit, wo nur die Arbeit unserem lieben Vaterlande wieder bessere Zeiten erstehen lassen kann, ist der Sport Erholung von der Arbeit, aber auch Stärkung für die Arbeit. Wenn daher der Deutsche Rad- und Motorfahrerverband Concordia neben der Pflege der hohen christlich-nationalen Ideale, neben seinen sozialen Unternehmungen, sich zur Aufgabe gemacht hat, auch auf dem Gebiete der gesunden Sportbetätigung der Allgemeinheit zu dienen, so sollten auch alle gleichgesinnten Radfahrer und Radfahrerinnen sich ohne Börgern der Organisation anschließen. Alle müssen dazu beitragen, daß die christlich-nationale Radfahrerbewegung Concordia eine an Mitgliedern starke, an vortrefflichsten Einrichtungen vollkommene Organisation werde. Eine geschlossene Phalanx bildet auch eine Macht. Darum fordere jeder Radfahrer und jede Radfahrerin Auskunftsweises Anmeldeung bei der Verbandsgeschäftsstelle in Bamberg, Hauptmarktstraße 14.

**Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.**

**Lebensunterhaltungskosten und Löhne.**

Man möchte annehmen, daß die Notlage der arbeitenden Schichten halb allen Volksteilen, insbesondere auch den Leitern industrieller Unternehmungen, zum Bewußtsein gekommen sein würde. Das dem nicht so ist, beweist folgende Auslassung der Tageszeitung „In- und Export“ in ihrer Nr. 204 vom 1. September 1921. Es heißt dort unter der Überschrift: „Lebensunterhaltungskosten und Löhne“:

„Wer sachlich zu der Frage, in welchem Umfange Berechtigung und Ausmaß neuer Lohnerhöhungen zu gefunden werden können, Stellung nehmen will, wird zuvor das Verhältnis der Lebensunterhaltungskosten und Löhne zu prüfen haben. Zu diesem entscheidenden Punkt enthält ein von Geh. Kommerzienrat Deutsch-Berlin, Vorsitzender des Direktoriums der U. E. G., ausgearbeitetes Exposé zum Fragebogen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf betreffend Erhebung über die Produktion folgende Feststellungen: „Die Löhne und Gehälter haben sich im Verlauf der letzten zwei Jahre nicht nur der Steigerung der Lebenskosten angepaßt, sondern diese vielfach überschritten. Für die Kosten der Lebenshaltung . . . kann man die durchschnittliche Steigerung auf 700 vom Hundert angeben . . . Nach statistischen Aufzeichnungen hat die Steigerung der Löhne und Gehälter in den unteren, d. h. geringereverzügiger Beschäftigungsgruppen das Fünffache, in den mittleren das Acht- bis Zwölffache, in den oberen das Fünf- bis Sechsfache betragen. Daraus ergibt sich, daß die Lebenshaltung der untersten Schichten gegenüber den Vorkriegszeiten gestiegen ist, die der oberen Schichten erheblich gesunken.“

Hierzu schreibt der „Deutsche“: Es ist ein starkes Stück, daß ein im In- und Ausland angesehener Führer der Industrie dem internationalen Arbeitsamt einen derartig irreführenden Bericht zugehen läßt. Die Steigerung der Lebenshaltung soll durchschnittlich nur ungefähr 700 vom Hundert betragen, während doch einwandfrei errechnet wurde, daß allein die rationierten Lebensmittel sich vom Juli 1914 bis Juli 1921 im ganzen um das Zwölffache verteuert haben. Berücksichtigt man nun dann noch den Umstand, daß die jetzt fast allgemein erfolgte Aufhebung der Zwangswirtschaft zu einer ungeheuren Preissteigerung geführt hat, die z. B. bei Milch das Zwanzigfache usw. betragen hat, so ergibt sich, wie unrichtig die Behauptung des Kommerzienrats Deutsch ist. Daß die errechnete Lohnsumme zum Teil nicht den Tatsachen entspricht, dürfte allgemein bekannt sein. Die in dem Bericht aufgestellten Behauptungen sind geeignet, nach zwei Seiten hin ungenau zu wirken. Zunächst werden die landwirtschaftlichen Preise daraus den Schluß ziehen, daß von der Arbeiter- und Angestelltenchaft noch weitere Preissteigerungen mit Leichtigkeit getragen werden können. Wenn die Landwirtschaft solche Schlussfolgerungen zieht und eine vollkommen falsche Auffassung von der Lage der festbesoldeten Industriebevölkerung gewinnt, dann kann sich nach derartigen Behauptungen wahrlich die Industrie darüber nicht wundern. Sie muß aber dann auch die Konsequenzen daraus ziehen und den daraus folgenden Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeitnehmerchaft gerecht werden.

Diese falsche Information des internationalen Arbeitsamtes hat aber auch noch einen weit größeren Nachteil im Gefolge. Die dort gemachten Angaben und Feststellungen werden unzweifelhaft zur Kenntnis der Regierungen der alliierten Staaten kommen. Diese müssen hierdurch eine vollkommen unrichtige Auffassung über die mögliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes gewinnen. Entsprechende Forderungen seitens der Ententestaaten oder das Beharren auf bereits gestellte unmögliche Forderungen wird die Schlussfolgerung sein, die diese Kreise aus solchen, den Tatsachen widersprechenden Berichten ziehen werden. Die industriellen Führer müssen sich die hier geschilderten Folgen in Zukunft vor Augen halten, die doch viel weittragenderer Natur sind, als die Zwecke, die mit solchen Behauptungen verfolgt werden.

**Ein Arbeitgebertrick.**

Die gesetzlichen Bestimmungen, die die willkürliche Entlassung von Arbeitern verbieten, sind den Unternehmern ein Dorn im Auge. Daher suchen sie diese Vorschriften nach Möglichkeit zu umgehen. Oft bedienen sie sich dabei spitzfindig ausgedachter und doch plumper Tricks, die mit der Unersahenheit der Arbeiterchaft rechnen und die auf Verblüffung angelegt sind. So ist man in einigen Fällen folgendermaßen vorgegangen:

Man hat die Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen gebeten, dem Betriebe einen Schwerbeschädigten zu überweisen, obgleich der Arbeitgeber schon genug Schwerbeschädigte beschäftigte. Daraufhin hat man den Schwerbeschädigten als ungelerten Arbeiter eingestellt. Zugleich hat man einen gelerten Arbeiter freilich entlassen mit der Begründung, man sei hierzu befügt und der Betriebsrat und der Schlichtungsausschuß könnten daran nichts ändern, weil man zugleich einen Schwerbeschädigten eingestellt habe. Nach einigen Tagen hat man dem Schwerbeschädigten wieder gekündigt, weil er der Arbeit nicht gewachsen sei, und einen gelerten Arbeiter neu eingestellt.

Dieses Verfahren ist nicht nur ein moralisch zu verurteilender Schwindel erster Ordnung, sondern auch arbeitsrechtlich unzulässig. Es ist natürlich zu bezweifeln, wenn die Arbeitgeber möglichst viel Schwerbeschädigte einstellen. Wenn sie aber aus diesem Anlaß andere Arbeiter entlassen, so müssen sie selbstverständlich die gesetzlichen Kündigungsfristen einhalten. Auch ist gegenüber einer solchen Kündigung der Einspruch auf Grund des Betriebsratsgesetzes statthaft. Ob der Neueingestellte ein Schwerbeschädigter ist oder nicht, ist in dieser Hinsicht völlig gleichgültig. Es ist Sache der Betriebsräte, dafür

zu sorgen, daß diesen wenig erfreulichen Kniffen der Unternehmer ein Ende bereitet wird. Denn diesen Unternehmern ist es nicht darum zu tun, den Kriegsbeschädigten zu helfen, sondern Arbeitnehmer zu mahregeln, obgleich das Gesetz ihnen keine Handhabe dazu gibt.

**Aus unserer Industrie.**

**Um die Preise nicht zu drücken.**

Die „Deutsche Handels-Wacht“, das Organ des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, schreibt in Nr. 33 vom 7. September:

„Die Reichsberwertungsstelle für Textilwaren verkauft große Massen billiger Bekleidungsstücke zu Schleuderpreisen ins Ausland — um die Preise der Textilwaren im Inland nicht zu drücken. Die Exportliste Nr. 4 lautet auf:

45 614 Frauenmäntel . . . . .	je 76.45 M.
53 367 Frauenjacken . . . . .	39. — "
19 189 Bäckischjaden . . . . .	34.65 "
1 579 Bäckischmäntel . . . . .	41.80 "
8 885 Mädchenmäntel . . . . .	41.90 "
18 726 Kinderjacken . . . . .	26. — "
15 926 Herrenulster aus Seiden . . . . .	76.05 "
5 799 Herrenulster aus Wolledecken . . . . .	96.70 "
1 947 Burischenulster aus Wolledecken . . . . .	62.05 "
94 Knabenulster aus Seiden . . . . .	54.80 "
745 Knabenulster aus Wolledecken . . . . .	64.90 "
704 Burischenulster aus Wolledecken . . . . .	82.65 "
33 973 Joppen, ein- und zweireihig . . . . .	53.45 "
4 044 Kinder-Bojacks . . . . .	33.20 "
262 Burischenjoppen, zweireihig . . . . .	37.55 "
6 140 Winterstiefelmäntel . . . . .	225.55 "

Wir können nicht nachprüfen, ob die Zahlen mit den Tatsachen übereinstimmen, müssen aber von der Regierung hierüber Auskunft erbitten. Es wäre ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn man zuließe, daß Kleidungsstücke zu einem solchen Schandpreis ins Ausland verschleudert werden, während das deutsche Volk frieren muß, weil es nicht das Geld aufbringt, um die teuren Kleider kaufen zu können. Kein Wort der Kritik wäre gegen eine solche Schandtat schärf genug. Deshalb ist Aufklärung darüber dringend nötig.

**Stellungnahme der Vereinigung deutscher Weidewirtschaftler e. V. gegen den Preisvorbehalt.**

Wie mitgeteilt wird, ist jedes Mitglied der Vereinigung deutscher Weidewirtschaftler e. V. verpflichtet worden, den Preisvorbehalt nicht anzuerkennen, sondern nur nach festen Preisen einzukaufen. Nicht einmal die Musterkollektionen dürfen bei solchen Fabrikanten, die auf Einhaltung des Preisvorbehaltes bestehen, eingesehen oder gar gekauft werden. Bis zu 30 Proz. des Einkaufswertes ist als Strafe für jeden Fall des Zuwiderhandelns gegen diese Vorschrift festgesetzt worden. („Leipziger Wochenzeitung für Textilindustrie“ vom 6. September.)

**Auch in Frankreich sozialer Krieg.**

In dem seit nunmehr fünf Wochen dauernden Streik der gesamten Textilarbeiter in den Bezirken von Lille, Roubaix und Tourcoing, die als Protest gegen eine von den Unternehmern angekündigte Herabsetzung der Löhne die Arbeit niedergelegt hatten, sieht der Pariser Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ nur den äußeren Anlaß zur Verhängung des Generalkreiks: „In Wirklichkeit kommt ihm eine über die lokalen Grenzen des Auslandsgebietes hinausgehende Bedeutung zu. Frankreich, fast das einzige Land in Europa, das nach dem Krieg von ernststen sozialen Krisen verschont geblieben ist, scheint sich dieses Friedens nicht dauernd freuen zu sollen. Denn, wenn nicht alle Anzeichen trügen, bildet der Generalkreik im Norden weiter nichts als den Auftakt zu jener unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum, die in der augenblicklichen Wirtschaftslage Frankreichs ihre tiefere Ursache hat. Die schwere wirtschaftliche Depression, die seit einem Jahr auf der ganzen Welt lastet, hat auch in Frankreich eine verhängnisvolle Absatzkrise und als deren Wirkung eine schwere Stagnation von Handel und Industrie zur Folge gehabt. Diese Krise kann nicht überwunden werden, wenn es nicht gelingt, das trotz eines seit dem Ende des vergangenen Jahres eingetretenen Aufschwunges noch immer anormale hohe Preisniveau weiter abzubauen. Darüber ist man sich in den Kreisen der Produzenten wie der Konsumenten einig. Nicht einig ist man sich dagegen über den Grund, von wo aus der notwendige Abbau in die Wege zu leiten ist. Wenn die Unternehmer meinen, daß man bei den jetzigen Löhnen beginnen müsse, so mag das in der Natur der Dinge liegen. Nicht minder natürlich aber ist es, wenn die Arbeiter sich gegen diese These und den Versuch, sie in die Praxis umzusetzen, mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.“

**Aus der internationalen Textilindustrie.**

Die Besserung der Geschäftslage in der nordamerikanischen Textilindustrie hat weitere Fortschritte gemacht. In der Seidenindustrie gingen wieder bedeutende Aufträge ein, ebenso für Baumwollwaren. Nicht einheitlich ist die Lage der Woll- und Strumpfwarenbranche. In wollebenen Waren wurden größere Aufträge erteilt. In Südamerika ist das Geschäft nicht besonders günstig, und auch die japanische Textilindustrie liegt über schleppeuden Geschäftslage. Wenig gebessert erscheint die Lage in Italien: mehr Kaufkraft für Textilien ist in der Tschechoslowakei vorhanden. Die Stagnation in Polen hält an, ebenso in der Textilindustrie der Balkanstaaten. Nur für Wirkwaren meldet Rumänien regeren Verkehr. In England ist die Lage unverändert.



### Aus unserer Bewegung.

#### Warum ist eine Erhöhung der Verbandsbeiträge erforderlich?

Von der Zeitung unseres M.-Glabbacher Verbandsbezirks wird diese Frage treffend beantwortet in einem kleinen Flugblatt. Da die Beantwortung von allgemeinem Interesse ist, geben wir dieselbe hiermit im vollständigen Wortlaut wieder:

Weil 1. in unserem Statut § 8 durch Generalversammlungsbeschluss bestimmt ist, daß der Wochenbeitrag einen Stundenlohn betragen soll. Weil 2. die sprunghaften Lohnerhöhungen nicht auch eine dementsprechende Steigerung der Verbandsbeiträge zur Folge hatten. Weil 3. die Leistungen des Verbandes der Zeit entsprechend verbessert werden müssen, wie dies die Verbands-Generalversammlung in Münster getan hat. Weil 4. Brands-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung je nach Dauer der Leistungen ab 1. Januar 1922 bis zu 57 Mark pro Woche betragen. Weil 5. auch das Sterbegeld eine gewaltige Erhöhung erfahren und je nach Dauer und Leistungen bis zu 630 Mk. betragen wird. Weil 6. unsere Streikunterstützung den Zeitverhältnissen auch angepaßt wurde; sie beträgt ab 1. Januar 1922 bis zu 138 Mk. pro Woche für den Hauptnährer; außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren 6 Mark pro Woche. Weil 7. die Schlagkraft der Organisation erhalten bleiben muß. Nur einer finanziell starken Organisation ist es möglich, Lohnreduktion zu verhindern und notwendige Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Was ist denen zu sagen, welche den hohen Verbandsbeitrag sparen wollen? 1. Daß sie sich selbst, ihre Familie und ihre Mitarbeiter schädigen, weil sie durch ihre Gleichgültigkeit die Position der organisierten Arbeitgeber stärken. 2. Daß sie es sind, welche den gewerkschaftlich geschulten Arbeitern in ihrem Aufstieg im Wege stehen und somit das Gleichgewicht an der Arbeiterbewegung bilden. 3. Daß sie es sind, welche dazu beitragen, wenn die Arbeiterkraft die Waffen eines verlorenen Krieges allein zu tragen bekommt und unter der Grenze des Kulturlebens vegetieren muß.

Wie urteilen Arbeitgeber über Unorganisierte? Die Mitteldeutsche Arbeitgeberzeitung brachte folgenden Urteil eines Arbeitgebers: „Für mich sind Anschauungen, als könne man heute noch ganz gut ohne Verband existieren, lächerlich. Ich kann Arbeitgeber, die derartigen Anschauungen huldigen, nicht als existenzberechtigter und als recht, den Zeitgeist beobachtende Männer anerkennen. Es sind zumeist Egoisten, die andere für sich die Kaskaden aus dem Feuer holen lassen und die Früchte ernten wollen, die andere gesät. Verabscheuungswürdige Naturen, für die der eiserne Besen zum Wegsagen von der Bildfläche wohl das Beste wäre.“

Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen vernünftige Arbeiterinnen und Arbeiter sein. Geistig und wirtschaftlich wollen wir höher hinauf. Wir wollen uns schulen und bilden, wollen mit Begeisterung und Opfer Sinn einreten für unsere christliche Arbeiterschaft. Wir wollen ringen — und muß es sein — auch kämpfen für unsere Rechte und Ehre! Es gilt unsere Zukunft! Darum an die Arbeit, hauen wir uns, was erntungen, schaffen wir die Grundlage für weitere Erfolge des Zentralverbandes christl. Textilarbeiter Deutschlands.

#### Lohnverhandlungen für die Handwerker im bergischen Bezirk.

Nachdem die Lohnverhandlungen für die in den Fabrikbetrieben beschäftigten Textilarbeiter in der hiesigen (rechtsrheinischen) Arbeitsgemeinschaft zu Anfang des Monats August zu einem Ergebnis gekommen waren, war es selbstverständlich, daß auch die Verhandlungen für die Handwerker beginnen mußten. Leider verzögerte sich dies bis zum 15. September, wo die erste Verhandlung stattfand und mit der Verhandlung am 19. September ihren Abschluß fand. Vor allen Dingen kam es darauf an, die bisherigen prozentualen Aufschläge auf den alten Grundlohn in einem Grundlohn aufzuregen. Bestand doch der alte Lohn aus dem Grundlohn von M. 145,—, 155,— oder 165,—, je nach dem Artikel. Hierzu kam in derselben Reihenfolge ein Zuschlag von 25, 30 und 35%. Auf den so erreichten Akkordverdienst erfolgte dann ein Zuschlag von 8% für Brand, Licht und Miete und auf diesen genannten nochmals ein Feuerungszuschlag von 6%. Daß dieses ein unhaltbarer Zustand war, leuchtet wohl jedem ein.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist nun folgendes: Der Grundlohn für glatte Artikel bis zu acht Schätze wird von M. 145,— auf M. 360,— für Jacquard und Schattmachern von M. 155,— auf M. 380,— und für Möbelstoffe von M. 165,— auf M. 420,— festgesetzt. Die Akkordlohnätze müssen so bemessen sein, daß ein Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit diese erreichen kann. Auf den tatsächlich erreichten Akkordlohn erfolgt noch ein Zuschlag von 8% für Brand, Licht und Miete. Dieser Zuschlag bedeutet für die Handwerker eine Erhöhung der Lohnsätze um 20, 21 und 29%.

Da nun die Arbeiter in den Fabrikbetrieben eine generelle Nachbezahlung vom 1. bis 30. August erhalten haben, so wurde auch dahingehend eine Regelung getroffen, daß für die Zeit vom 1. August bis 15. September pro Arbeitstag M. 5,— ausbezahlt werden soll. Mühen läme als Nachbezahlung eine Summe von M. 200,— in Betracht.

Ist nun auch mit diesem Vorstoß nicht alles erreicht worden, was als Forderung aufgestellt wurde und in Anbetracht der heutigen kümmerigen Lebenslage durchaus notwendig ist, so kann man doch auch hier von einem nennenswerten Erfolge sprechen. Dazu kommt noch, daß wenn die Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft über eine ab 15. September zu gewöhnliche Feuerungszulage erledigt ist, auch für die Handwerker sofort die Verhandlungen darüber aufgenommen werden. Alles in allem ist dieser Erfolg nur dem starken Organisationsgeist

der Handwerker zu verdanken und an ihnen liegt es, wie sie diese Sicherung noch besser und fester gestalten. Dieses kann nur erreicht werden durch tätige Mitarbeit und Agitation unter den Leuten, welche sich für gewerkschaftliche Mitarbeit nicht erwarren können. Tue darum jeder seine Pflicht in seinem Interesse und zum Wohle seiner Kollegen.

#### Gegen das Ueberstundenwesen.

Im sächsischen Arbeitsministerium fand eine Konferenz statt, die sich mit den die Arbeitslosigkeit ständig vergrößern, übermäßig zahlreichen Ueberstunden in der vogtländischen wie überhaupt sächsischen Industrie beschäftigte. Anwesend waren unter Vorsitz des Arbeitsministers Nädel die Beamten der in Frage kommenden Gewerbeaufsichtsstellen, sowie Vertreter der drei Spitzenverbände der sächsischen Gewerkschaften und Vertreter des Textilarbeiterverbandes. Die beteiligten Arbeitervertreter führten lebhaft Beschwerde über die dauernde Durchbrechung des Achtstundentages. Viele Unternehmer ließen bis zu 14 Stunden täglich arbeiten, obwohl gerade im Vogtlande arbeitslose Hilfskräfte in genügender Anzahl vorhanden seien. Außerdem ständen noch zahlreiche Maschinen leer, in Plauen z. B. über 2000, in dem kleinen Eibenstock über 500, sodaß Ueberstunden nur zur weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit beitragen. In sehr vielen Fällen holten die Unternehmer nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung für die Ueberstunden ein, ja, manche ließen trotz der Verweigerung dieser Genehmigung Ueberstunden machen.

Die Gewerbeinspektion sah sich wiederholt ebenso wie die Polizeibehörden im Vogtlande gezwungen, gegen die das Gesetz durchbrechenden Unternehmer mit Strafanzeigen vorzugehen; allein die von den Gerichten in solchen Fällen ausgesprochenen Strafen sind, wie die Beschwerdeführer erklärten so niedrig — 20 bis 40 Mk. Geldstrafe seien die üblichen Sätze! — daß sie wie eine Ermunterung der Unternehmer zu Gesetzesübertretungen wirkten. Als

## Alle Mitglieder

werden darauf aufmerksam gemacht, daß mit Beginn des letzten Vierteljahres — 1. Oktober 1921 — der dann geltende Stundenlohn — für Akkordarbeiter der wirkliche DurchschnittsStundenverdienst — als Wochenbeitrag erhoben wird. — Beitragsmarken, die den Wert des wirklichen Stundenverdienstes nicht erreichen, dürfen im 4. Quartal nicht geklebt werden. Das Wichtigste über die Satzungsänderungen bezüglich des Beitrags- und Unterstützungswezens ist nachzulesen in Nr. 39 unseres Verbandsorgans auf der dritten Seite.

Weiterer Hinweis wurde bezeichnet, daß auch manche Betriebsräte in dieser Frage versagt hätten, weil sie Betriebsbegegnung an die Stelle von Arbeiterkollektivität gesetzt und den Blick für das Allgemeininteresse der Arbeiter da und dort verloren hätten. In den kleineren Betrieben aber, wo es keine Betriebsräte gibt, seien die Arbeiter völlig schutzlos dem Eigennutzen der Unternehmer preisgegeben, dort würde auch das Gesetz fast gar nicht mehr beachtet.

Nach längeren Beratungen einigte sich die Konferenz dahin, daß der Arbeitsminister sofort eine Verordnung herausgeben möge, wonach künftig die Ueberstunden bewilligenden Behörden vor der Entscheidung die Vertreter der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen und die Arbeitsnachweisleiter zu hören haben.

### Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

#### Internationale christliche Arbeiterinnen-Konferenz.

Der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften hatte für den 12. und 13. September eine internationale Arbeiterinnen-Konferenz einberufen, welche in Brüssel getagt hat. Die Konferenz war von Vertreterinnen der Arbeiterinnenbewegung aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Spanien, Ungarn, Schweiz besetzt. Für Zweck war, die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterinnen zu fördern; ihre Gewerkschaften der allgemeinen Bewegung fester anzuschließen und ihre Wünsche in Arbeiterinnenfragen zur Geltung zu bringen. Fel. Maria Baerts (Brüssel) erhaltete Bericht über die Lage und Tätigkeit der christlichen Arbeiterinnen-Gewerkschaften in den vertretenen Ländern; daraus geht hervor, daß die Mitgliederzahlen folgende sind: Belgien 29513, Deutschland 20000, Frankreich 41917, Niederlande kath. Gewerkschaften 1264, christliche Gewerkschaften 5097, Italien 4000, Ungarn 17499, Desterreich 20000, Schweiz 6811. Ueber die Zahl der Frauen in den spanischen christlichen Gewerkschaften lagen keine Angaben vor. Im Anschluß an den Bericht wurde beschlossen, daß die internationale christliche Gewerkschaftsbewegung eine besondere Verantwortlichkeit bei den Arbeiterinnen einleiten soll, daß die Frauen-Gewerkschaften sich den betreffenden Landeszentralen anschließen, daß mehr Arbeiterinnen als Werberinnen ausgebildet werden und daß ein einheitliches Zusammenwirken der Arbeiterinnenverbände angestrebt werden soll. Eine Delegierte

der christlich-nationalen Gewerkschaften der Niederlande referierte über die Mutterchefsfrage. Nach einsehender Besprechung wurden einige Beschlüsse gefaßt, in welchen u. a. Arbeitsverbot der Mütter einige Wochen vor und mindestens sechs Wochen nach der Niederkunft verlangt wird, ferner eine gesetzliche Regelung der Mutterchefsfrage und eine Versicherung mit Verpflichtung für verheiratete Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen und offenstehend für Frauen, welche nicht in Vohndienst arbeiten. Nach einem Bericht einer französischen Delegierten über die englische Arbeiterinnenwoche wurde als Forderung aufgestellt, die Einstellung der Frauenarbeit am Samstagmittag durch internationale Vereinbarung und nationale Gesetzgebung sowie durch Tarifverträge den Bedürfnissen der Industrie anzupassen. Vertreterinnen der kath. Gewerkschaften der Niederlande und der christlichen Gewerkschaften Deutschlands berichteten über die Lohnarbeit der verheirateten Frau. In den angenommenen Beschlüssen wird betont, daß die Hausarbeit der Frau im allgemeinen die Erwerbsarbeit ausschließen soll; die Frau soll zu der Einsicht erzogen werden, daß die Hausarbeit für die Familie ebenso große Vorteile hat als die Erwerbsarbeit; ihre Erziehungsarbeit ist mindestens der Erwerbsarbeit der Mannes gleichzustellen; der Lohn des Mannes soll für den Unterhalt der Familie genügen. Deshalb strebt die christliche Gewerkschaftsbewegung als Ideal eine mögliche Beseitigung der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau an. Die Frage soll auf internationalem Wege zur Lösung gebracht werden. Vertreterinnen der französischen und der schweizerischen christlichen Gewerkschaften erstatteten Bericht über die Heimindustrie. Die Beschlüsse verlangen Verbesserung der Lage der Heimindustrie durch eine starke Agitation der Gewerkschaften, durch nationale Gesetzgebung und internationale Uebereinkünfte. Die Arbeitsbedingungen der Heimarbeiterinnen sollen möglichst nicht schlechter sein als die der Fabrikarbeiterinnen. Der Präsident des Intern. Bundes der christlichen Gewerkschaften, Nationalrat Jos. Scherrer (Schweiz) schloß die Konferenz mit einer Ansprache.

#### Berichte aus den Ortsgruppen.

Wegberg: Am Sonntag, den 15. September, hielt die Ortsgruppe Wegberg eine Mitgliederversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. In derselben hielt Gewerkschaftssekretär Jorissen ein sehr interessantes Referat über den jetzt abgeschlossenen Tarifvertrag und über den neuen Beitrag und das Unterstützungswezen des Verbandes. Besonders erklärte er, wie die Berechnungen jetzt gemacht würden nach dem neuen Tarif und wie die Arbeitgeber versucht hätten, für die ländlichen Betriebe Ortsklassen einzuführen. In der nun folgenden recht lebhaften Diskussion wurde es scharf gerügt und mit Entrüstung zurückgewiesen, daß die Arbeiter in den ländlichen Betrieben billiger arbeiten sollten wie in der Stadt. Weiter wurde an alle Mitglieder appelliert, ihre ganze Kraft für den Verband einzusetzen, um später gegen alle Angriffe gewappnet zu sein, besonders in den ländlichen Bezirken. Gegen 12 1/2 Uhr wurde die sehr interessant verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, daß dieselbe in Zukunft noch besser besucht werden möge, vom Vorlesenden geschlossen.

Altenauferburg (Baden): Am 15. September fand im Verbandslokal — Gasthaus zur „Luisenkrone“ — die Monatsversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Kollege Bösch eröffnete die recht zahlreich besuchte Versammlung und begrüßte die erschienenen, insbesondere den Referenten, Beisitzer Räumlele, dem er das Wort erteilte. Dieser sprach über die Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft und gab die in der letzten Arbeitsgemeinschaftssitzung am 5. September zustande gekommenen neuen Vorschläge bekannt. Reicher Deifall wurde dem Redner für die guten Ausführungen gezollt. Kollege Bösch sprach hierauf einige Worte zum Vortrage des Vorredners und erwiderte dann, weil die Zukunft noch mit manch großer Aufgabe an uns herantrete und wir nur instande wären, die Ausgaben zu decken, wenn wir eine geschlossene Masse bilden, sei zur Organisation zu halten und enger die Reihen zu schließen. Nach Beantwortung einiger in der Diskussion gestellter Fragen wurde die Versammlung gegen 7 Uhr geschlossen.

### Besondere Bekanntmachungen.

#### Secretariatsbezirk Kettwig.

Für die Ortsgruppen Kettwig, Werden, Kubferdreh und Langenberg besteht nunmehr ein besonderes Secretariat in Kettwig, Hermannstr. 6. Leiter des Secretariatsbezirks ist der Kollege Carl Alfeld.

#### Versammlungskalender.

Abend, 15. Okt., abends 7 Uhr im kleinen Saal des Bahnhofs-Hotel vierteljährliche Generalversammlung.

#### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Unsere Verbandsarbeit im Herbst und Winter. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920. — Allgemeines Rundschau: Kongress der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs. — Starkes Steigen der Großhandelspreise. — Die Kommunisten in der Schweiz. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Verhandlung des Deutschen Ad- und Notarabverbands „Concordia“ C. B. Sig. Bamberg. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Lebensunterhaltsgelosten und Wagne. — Ein Arbeiterbetrieb. — Aus unserer Industrie: Um die Preise nicht zu brüden. — Stellungnahme der Vereinigung deutscher Kleinrentner e. B. gegen den Preisvorbehalt. — Auch in Frankreich sozialer Krieg. — Aus der internationalen Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung: Warum ist eine Erhöhung der Verbandsbeiträge erforderlich? — Lohnverhandlungen für die Handwerker im bergischen Bezirk. — Gegen das Ueberstundenwesen. — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Internationale christliche Arbeiterinnen-Konferenz. — Berichte aus den Ortsgruppen. — Wegberg. — Altenauferburg (Baden). — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Herbar Müller, Düsseldorf 100, Lannensstr. 33.